

Rats-Update Nr. 21

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 25. November 2024

Der Duisburger Stadtrat hatte sich 2023 darauf geeinigt, dass alle Angelegenheiten, die den städtischen Finanzhaushalt für das kommende Jahr betreffen, in einer gesonderten Haushaltssitzung stattfinden sollen. Alle anderen politischen Themen sollten in dieser Sitzung nicht beraten werden. Was jahrzehntelang üblich war, hatte Oberbürgermeister Sören Link im Laufe der vergangenen 12 Jahre immer mehr aufgeweicht und die Haushaltsberatungen zu einem Teil einer ganz normalen Ratssitzung werden lassen, die dann oft bis nach 22:00 Uhr dauerte. Am 25. November 2024 stand die erste „wiederentdeckte“ Haushaltssitzung des Duisburger Stadtrates an.

Gedenken an verstorbenen ehemaligen Oberstadtdirektor

Der Oberbürgermeister eröffnete die Sitzung mit einer Schweigeminute für Norbert Giersch (SPD), der von 1994 bis 1997 als letzter Oberstadtdirektor in Duisburg tätig war. Bis 1997 war ein Oberstadtdirektor der hauptamtliche Chef der Stadtverwaltung. Seit 1997 ist der Oberbürgermeister neben seiner politischen Tätigkeit auch hauptamtlicher Chef der Verwaltung.

Haushaltsentwurf für die Jahre 2025 und 2026

Der Stadtkämmerer (und Stadtdirektor) Martin Murrack hatte in den vergangenen Monaten einen sogenannten Doppelhaushalt für die städtischen Finanzen der Jahre 2025 und 2026 aufgestellt, der dem Rat nun zur Beratung und zum Beschluss vorlag.

Das die Rahmenbedingungen und Risiken inzwischen deutlich andere sind, als in den vergangenen Jahren, war jedem Beteiligten klar. Die Folgen der Corona-Zeit und des Ukraine-Kriegs, die hohe Zahl von Geflüchteten, steigende Energiepreise, höhere Zinsen, deutlich gestiegene Personalkosten, erhöhte Sozialleistungen und eine steigende Inflation machten es fast unmöglich, einen ausgeglichenen städtischen Haushaltsplan ohne neue Schulden zu erarbeiten.

Glücklicherweise konnte der Kämmerer in den vergangenen Jahren städtische Schulden in Höhe von rund einer Milliarde Euro abbauen und sogar Rücklagen bilden, die jetzt zum Finanzausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben dienen konnten, so dass auch der geplante Haushalt für die Jahre 2025 und 2026 „Plus-Minus Null“ ausfallen wird (zumindest nach der derzeitigen Planung).

Die erweiterte FDP-Fraktion hatte sich in den vergangenen Wochen intensiv mit den Planungen beschäftigt und Gespräche mit dem Stadtkämmerer geführt. Letztendlich kamen die Liberalen zu dem Ergebnis, dass dieser Haushaltsplan unter den gegebenen Bedingungen relativ gut aufgestellt wurde. Immerhin wurden weder neue Schulden eingeplant, noch bürgerbetreffende Kürzungen vorgenommen. Daher konnte die FDP-Ratsfraktion dem vorliegenden Haushaltsplan für die kommenden zwei Jahre, mit kleineren Bedenken und einigen kritischen Anmerkungen, zustimmen.

Stellungnahmen zum Haushaltsplan

Wie üblich hielten die Fraktionsvorsitzenden zunächst ihre sogenannten „Haushaltsreden“, also ihre Stellungnahmen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Nach der Geschäftsordnung des Rates stehen den Sprechern dafür, gestaffelt nach Fraktionsgröße, unterschiedliche Redezeiten zur Verfügung. SPD und CDU durften jeweils 14 Minuten reden, die Grünen 12, die AfD 10, alle kleineren Fraktionen (BSW, Linke, FDP, JuDu, Tierschutz/DAL) jeweils 8 Minuten und die 2-Personen-Gruppe der SGU sowie der Einzelmandatsträger Bekir Sipahi hatten hierfür 5 Minuten Redezeit, die alle Beteiligten auch gerne in Anspruch nahmen, so dass allein schon die Haushaltsreden bis nach 17:00 Uhr dauerten.

SPD

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bruno Sagurna begann seine Rede mit einer Lobeshymne auf „seinen“ Oberbürgermeister: *„Seit OB Link im Amt ist, hat sich die finanzielle Lage unserer Stadt drastisch verbessert.“* Er erklärte, dass sich die Rahmenbedingungen verschlechtert hätten und es vor diesem Hintergrund ein großer Erfolg sei, einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegen zu können. Da die SPD keine unseriösen Versprechungen machen wolle, hätten SPD und CDU diesmal auch keine Änderungsvorschläge oder Anträge zum vorgelegten Haushaltsplan.

Er kündigte an, dass die (inoffizielle) GroKo in diesem Sinne auch alle vorliegenden Änderungsanträge der anderen Fraktionen ablehnen werde. Er zählte die Erfolge von SPD und CDU in den vergangenen Jahren auf und erläuterte das Erreichte in den Bereichen Gebührensenkungen, Schul- und Kita-Neubauten, Schulsozialarbeit, Zuschüsse bei Frauenhäusern, Personalaufstockung beim Ausländeramt, Investitionen beim ÖPNV, Erneuerung der Radwege, mehr Grün in der Stadt, erhöhte Mittel im Kultur- und Sportbereich und bei zahlreichen anderen Themen. Besonders erwähnte er die zweite Senkung der Gewerbesteuer, die sich zur Zeit keine andere Stadt in NRW leisten kann und um die uns andere Städte beneiden würden. Letztendlich kritisierte er die geplanten Streichungen der Schwarz-Grünen NRW-Landesregierung. Spätestens an dieser Stelle wurde der bevorstehende Wahlkampf deutlich.

CDU

Thomas Mahlberg, Fraktionsvorsitzender der CDU erklärte, dass seine Fraktion stolz darauf sei, ein Teil dieser erfolgreichen Haushaltsaufstellung zu sein. Weiterhin erinnerte er daran, dass seine Fraktion auch dazu beigetragen habe, die Stadt aus der Haushaltssicherung „zu befreien“. Die GroKo habe erkannt, dass es zur Zeit keine weiteren Spielräume im Haushalt geben könne, weswegen es auch keine Änderungsanträge von SPD und CDU gäbe. Auch er erwähnte, dass uns die Nachbarkommunen für diese Haushaltsplanung beneiden würden. Er hoffe auf einen „Altschuldenschnitt“ für die Städte durch eine neue Regierung in Berlin, unter Führung der CDU. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und die zahlreichen Neubaugebiete versprechen weitere positive Effekte für die Stadt. Zuletzt betonte er, dass er „*optimistisch in die Zukunft der Stadt blicke*.“

Grüne

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anna von Spitzak führte diffus aus, dass wir in bewegenden Zeiten lebten, vor einem Jahr noch alles anders klang und es nur noch 290 Tage bis zur Kommunalwahl seien. Dann warf sie SPD und CDU vor, die Zeit für Investitionen verpasst zu haben und keinen politischen Gestaltungswillen zu besitzen, da sie angekündigt hätten, alle Änderungsanträge der Grünen zu diesem Haushaltsplan ablehnen zu wollen. Dem Oberbürgermeister warf sie vor, die Verwaltung nicht vernünftig zu führen, den Bürgern mit diesem Haushaltsplan „ein Maximum an Unverbindlichkeiten zu präsentieren“ und die Gesellschaft zu spalten anstatt sie zusammen zu führen. In ihren weiteren Ausführungen folgten zahlreiche Redewendungen mit typisch grünen Leitworten wie Nachhaltigkeit, Verkehrswende und Klimawandel.

AfD

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alan Imamura bezeichnete 2024 als finanzielles Katastrophenjahr. Er beanstandete den vorliegenden „Veränderungsnachweis des Oberbürgermeisters“, in dem rund 100 Mio. Euro zusätzliche Mittel erforderlich werden. (Anmerkung: der „Veränderungsnachweis des Oberbürgermeisters“ beschreibt alle finanziellen Angelegenheiten, die sich seit der ursprünglichen Aufstellung des Finanzplans noch verändert haben). Weiterhin kritisierte er, dass im Haushaltsplan lediglich 1% höhere Personalkosten eingeplant wurden und bewirbt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion.

BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht)

Erkan Kocalar hatte schon als ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Linken in seinen Haushaltsreden stets ein düsteres Bild der Stadt gezeichnet. Diese Linie setzte er jetzt als Vorsitzender der BSW-Fraktion fort. Die Unzufriedenheit der Bürger mit den etablierten Parteien sei auf einem Höchststand. Die Ampel-Regierung habe Deutschland in eine tiefe Rezession geführt. Armut und Arbeitslosigkeit stiegen enorm an und die Landesregierung „*lege die Axt an die Wurzeln des Sozialstaates*“.

Die Linke/die PARTEI

Der Vorsitzende der Fraktion `die Linke/die PARTEI`, Mirze Edis, erklärte, dass er bereits am Morgen der Presse entnehmen durfte, dass SPD und CDU mit ihrer Vorgabe der „*neoliberalen schwarzen Null*“ alle Ratsfraktionen dazu zwingen, Gegenfinanzierungsvorschläge zu benennen. Seine Fraktion habe zwar zahlreiche Änderungsanträge zum vorliegenden Haushaltsplan eingereicht, jedoch keine Gegenfinanzierungsvorschläge erarbeitet (Anmerkung: was sich im späteren Verlauf der Sitzung rächte, denn aus genau diesem Grund wurden alle Änderungsanträge der Linken von der Tagesordnung abgesetzt). Auch Mirze Edis malte ein düsteres vom Zustand der Stadt und redete über Armut und den geplanten Arbeitsplatzabbau bei ThyssenKrupp. Zudem gefährdeten „*Anti-Demokraten und Populisten*“ die Demokratie, so dass er Deutschland in einer ähnlichen Situation wie zu Zeiten der Weimarer Republik sehe. Wenn „*die soziale Gerechtigkeit*“ in Bund und Land nicht wieder hergestellt werde, würde sich die Geschichte wiederholen.

Tierschutz/DAL

Ayhan Yildirim, der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Tierschutz/DAL spricht über die schwache Konjunktur und stellt die Frage, ob sich die Stadt noch eine Oper oder die DVG leisten könne. Er sei der Meinung, dass andere Prioritäten gesetzt werden müssten, weswegen seine Fraktion zahlreiche Änderungsvorschläge zum städtischen Finanzplan formuliert hätte, die er anschließend im Einzelnen erläuterte. Wegen eines kürzlichen Vorfalles an einer Grundschule in Walsum warf er SPD, CDU, Grünen und FDP vor, dass ihnen „*nichts zur Sicherheit unserer Kinder in den Schulen einfalle*“.

FDP

Da der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies an diesem Tag erkrankt war, hielt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Oliver Alefs die Haushaltsrede für die FDP-Fraktion, die wir hier vollständig abdrucken:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute über den Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 – einen wichtigen Meilenstein für die finanzielle und politische Planung der kommenden Jahre in unserer Stadt. Doppelhaushalte bieten die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum zu planen und so eine gewisse Stabilität in der kommunalen Finanzpolitik zu schaffen. Gleichzeitig erfordern sie eine umso gründlichere Prüfung.

Die vorliegende Haushaltsplanung zeigt eine gewisse Balance zwischen den notwendigen Investitionen in die Zukunft und der Einhaltung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Hervorzuheben ist, dass die Verwaltung bei der Planung darauf geachtet hat, die wichtigsten Handlungsfelder wie Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung nicht zu vernachlässigen, trotz der angespannten finanziellen Lage, in der sich Duisburg weiterhin befindet.

Die für 2025 und 2026 vorgesehenen Investitionen, etwa in die Sanierung, den Ausbau des ÖPNV und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur in der Verwaltung, sind nicht nur wünschenswert, sondern unverzichtbar. Ebenso begrüßen wir die geplanten Maßnahmen im Bereich der Schulen. Es ist ein positives Zeichen, dass die Stadt trotz begrenzter Mittel bereit ist, hier gezielt zu investieren.

Doch bei aller Zustimmung müssen wir uns bewusst sein: Jede Investition bringt eine Belastung mit sich - sei es durch zusätzliche Schulden oder durch die Erhöhung von Gebühren und Steuern. Hier hat die Verwaltung einen schwierigen, aber insgesamt akzeptablen Weg gefunden, der auch von uns getragen werden kann.

Es ist uns durchaus aufgefallen, dass die Erhöhungen von Gebühren und Steuern mit einem gewissen Augenmaß vorgenommen wurden. Wir erkennen an, dass die wirtschaftliche Lage sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene schwierig bleibt und dass die Finanzierung der städtischen Aufgaben anspruchsvoll ist. Dennoch möchten wir als Liberale darauf hinweisen, dass unser langfristiges Ziel nicht nur Stabilität bei Gebühren und Steuern sein kann, sondern perspektivisch auch Entlastungen, wo immer dies möglich ist, dafür stehen wir.

Die Stadt Duisburg hat sich hier an den Notwendigkeiten orientiert, ohne die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig zu steigern. Das ist ein Punkt, den wir ausdrücklich begrüßen. Gleichzeitig bleibt es unsere Aufgabe, auch in Zukunft Möglichkeiten für Entlastungen zu prüfen – sei es durch effizientere Verwaltungsstrukturen, Einsparungen in anderen Bereichen oder durch eine langfristig stärkere wirtschaftliche Eigenständigkeit der Stadt.

Deshalb sind Wirtschaftliche positive Rahmenbedingungen und finanzielle Eigenständigkeit grundlegend wichtig. Die wirtschaftliche Entwicklung im Bund, im Land und auf lokaler Ebene bleibt ein entscheidender Faktor für unsere Haushaltsplanung. Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen und Fördermittel hängen von äußeren Umständen ab, die wir nur bedingt beeinflussen können. Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von externen Mitteln, wie den Schlüsselzuweisungen des Landes. Unser Ziel muss es sein, diese Abhängigkeit langfristig zu reduzieren, indem wir die lokale Wirtschaft stärken und die Einnahmehasis der Stadt stabilisieren.

Die geplanten Investitionen in die Wirtschaftsförderung und die Standortentwicklung sehen wir daher positiv. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müssen diese Maßnahmen auch durch klare Strategien und eine engere Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft ergänzt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass Duisburg als Wirtschaftsstandort an Attraktivität gewinnt.

Eine der wichtigsten Herausforderungen wird die Eingrenzung der steigenden Ausgaben sein. Ein Blick auf die Kostenentwicklung zeigt, dass die steigenden Personalkosten und die wachsenden Transferaufwendungen ein zentraler Punkt sind, den wir im Blick behalten müssen. Der globale Minderaufwand von 14,1 Millionen Euro, der zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vorgesehen ist, ist ein Beispiel dafür, wie die Verwaltung versucht, diese Herausforderungen zu bewältigen. Wir erkennen dies an, weisen aber auch darauf hin, dass solche Maßnahmen nicht zur Regel werden dürfen. Einsparungen müssen gezielt und nachhaltig erfolgen, ohne die Qualität der kommunalen Dienstleistungen zu gefährden.

Eine weitere Aufgabe, die sich aus diesem Doppelhaushalt ergibt, ist die Notwendigkeit, die Effizienz der Verwaltung zu steigern. Die Digitalisierung bietet hier erhebliche Potenziale, die wir konsequenter nutzen müssen. Gleichzeitig sollte die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen intensiviert werden, um Synergien zu schaffen und Kosten zu senken.

Wir halten es außerdem für unerlässlich, eine langfristige Personalstrategie zu entwickeln. Die steigenden Personalkosten sind eine Herausforderung, die nicht allein durch Sparmaßnahmen oder Stellenabbau gelöst werden kann. Stattdessen müssen wir prüfen, wie durch gezielte Qualifizierung und Umstrukturierungen Kosten gesenkt und gleichzeitig die Effizienz gesteigert werden können.

Abschließend möchte ich mich bei der Verwaltung bedanken. Die Erstellung eines Doppelhaushalts ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die nicht nur Sorgfalt, sondern auch Weitblick erfordert. Der Haushaltsentwurf zeigt, dass sich die Verwaltung dieser Verantwortung bewusst ist. Dafür gebührt ihr Anerkennung.

Dieser Doppelhaushalt ist ein akzeptabler Kompromiss zwischen den finanziellen Zwängen, die uns auferlegt sind, und den Investitionen, die wir tätigen müssen, um unsere Stadt zukunftsfähig zu machen. Unsere Zustimmung erfolgt auf dieser Basis, aber auch mit dem klaren Anspruch, die Umsetzung kritisch und konstruktiv zu begleiten und auch immer mit dem Willen unsere Forderungen als zuverlässiger Partner zu unterstreichen.

Nach eingehender Analyse, intensiven und langen Diskussionen in unserer Fraktion haben wir uns dazu entschieden, diesem Haushalt zuzustimmen. Dass eine Zustimmung aus den Reihen der Opposition erfolgt, ist keine Selbstverständlichkeit und unterstreicht die Bedeutung dieses Entwurfs. Es zeigt auch, dass wir bereit sind, sachorientiert zu handeln, wenn die vorgeschlagene Politik insgesamt tragfähig und vertretbar ist. Gleichwohl möchte ich betonen, dass Zustimmung nicht gleichbedeutend mit bedingungsloser Unterstützung ist. Wir werden den Haushalt und seine Umsetzung sachlich und kritisch begleiten und jederzeit prüfen.

Wir wünschen der Stadt Duisburg und allen Beteiligten viel Erfolg bei der Umsetzung dieses Haushalts. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen und Duisburg auf einen nachhaltig stabilen und zukunftsfähigen Weg zu bringen. Vielen Dank.

65 Änderungsanträge

Anschließend standen insgesamt 65 Änderungsanträge zum vorgelegten städtischen Finanzplan für 2025 und 2026 auf der Tagesordnung. Jeweils 19 von den Grünen und 'die Linke/die PARTEI', sowie 18 von Tierschutz/DAL, 3 von der BSW-Fraktion, 4 von JuDu und jeweils 1 Antrag der AfD und der FDP.

FDP-Antrag

Wobei die FDP-Fraktion lediglich mit geringen 7.500 Euro die jährliche Finanzierung zur Installierung von QR-Codes auf Duisburger Spielplätzen sicherstellen wollte. Beim Scannen der QR-Codes sollen im Smartphone bestimmte ermahrende Nachrichten angezeigt werden, wie. z.B. „Schützen Sie Kinder, teilen Sie keine Kinderfotos öffentlich auf Social Media“ u.a. FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff hatte die Idee im Jugendhilfeausschuss beraten lassen, wo sie von allen Parteien begrüßt wurde. Folgerichtig musste nur noch die nötige Finanzierung zur Anbringung der QR-Codes sichergestellt werden.

Die anderen Fraktionen sagten dies (hinter den Kulissen) zwar zu, forderten jedoch, den FDP-Antrag in dieser Ratssitzung zunächst zu einem Prüfantrag umzuwandeln. Auf diese Weise konnte die GroKo ihrem selbstauferlegten Mantra am heutigen Tag treu bleiben, alle Änderungsanträge der anderen Fraktionen abzulehnen, ohne jedoch den aus ihrer Sicht positiven FDP-Antrag abzulehnen. Die ausstehende Entscheidung über die 7.500 Euro kann demnächst also (außerhalb der Haushaltsberatungen) in einem städtischen Ausschuss beraten und beschlossen werden, worauf die FDP-Fraktion natürlich achten wird.

Anträge der Grünen

Einigen Änderungsanträgen der Grünen hätte die FDP-Fraktion „unter Umständen“ sogar zustimmen können, da die grundsätzliche Ausrichtung richtig war. Allerdings hatten die Grünen ihre Vorschläge alle mit den folgenden Gegenfinanzierungsvorschlägen verbunden: Erhöhung der Parkgebühren, Erhöhung der Anwohnerparkausweise, keine Senkung der Gewerbesteuer und die Erhöhung der Sexsteuer für Prostituierte. Dies war für die FDP-Fraktion ein wichtiger Grund, keinem Antrag der Grünen zuzustimmen, wie FDP-Ratsherr Oliver Alefs zu Beginn der Beratungen erklärte. Dieser Begründung schlossen sich sogar die Linken an, die die Erhöhung der Sexsteuer sogar für unmenschlich hielten.

Anträge der anderen Fraktionen

Auch die weiteren Änderungsanträge aller anderen Fraktionen überstanden die vorherige intensive Prüfung der erweiterten FDP-Ratsfraktion nicht. Entweder war der Inhalt gegen jede liberale Haltung oder die Gegenfinanzierungsvorschläge waren für die Liberalen ausgeschlossen. Wie zum Beispiel einige Anträge von JuDu, die z.B. durch die Auflösung des Opern- und Ballettensembles gegenfinanziert werden sollten.

Haushaltsplan für 2025 und 2026 beschlossen

Erwartungsgemäß wurde der vorgelegte Haushaltsplan letztendlich von SPD, CDU und FDP beschlossen. Alle anderen Fraktionen lehnten ihn ab.

Grundsteuer

Nach jahrelangen öffentlichen Diskussionen war die Stadt jetzt gezwungen eine Entscheidung bezüglich der Neuorganisation der Grundsteuerhebesätze zu treffen. Nach einer Gerichtsentscheidung zur Bewertung der Grundstücke müssen die neuen Hebesätze zum 01.01.2025 feststehen. Die Landesregierung hat den Kommunen die Entscheidung darüber freigestellt, einen differenzierten Hebesatz zwischen Wohngrundstücken und gewerblichen Grundstücken zu veranschlagen oder einen einheitlichen Hebesatz für alle Grundstücke im Stadtgebiet.

Die FDP-Ratsfraktion hatte sich in Abstimmung mit der FDP-Landtagsfraktion für einen einheitlichen Hebesatz entschieden, da dieser für alle Beteiligten „gleichmäßig unfair“ zu sein scheint. Alle anderen Fraktionen sind jedoch zu dem Schluss gekommen, dass ein differenzierter Hebesatz besser wäre. Dementsprechend fiel die Abstimmung im Rat auch aus, so dass ab 01.01.2025 für Wohngrundstücke deutlich weniger zu zahlen ist und für gewerbliche Grundstücke deutlich mehr.

Zuschuss Jugendamt

Beim letzten Tagesordnungspunkt kam es noch einmal zu Diskussionen. Ein Jugendhilfeträger hatte seine Forderungen an das Jugendamt per Inkassounternehmen eingetrieben, wodurch 18.000,- Euro Mahngebühren entstanden sind. Zusätzlich geriet die gesamte Finanzlage des Jugendamtes durch die hohe Zahlung ins Minus, so dass die Stadt rund 32 Mio. Euro in die „Kasse“ des Jugendamtes nachschießen musste. Der ganze Vorgang wurde bereits in den Medien skandalisiert und besonders von den Grünen kritisiert.

Der Oberbürgermeister, die SPD und auch die CDU empörten sich über die *„inszenierte Skandalisierung eines relativ normalen Vorgangs“*, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende ausdrücklich betonte. Er untermauerte seine Aussage mit mehreren ähnlichen Vorgängen in benachbarten Städten und dem Hinweis, dass es durch Überlastung der Verwaltung immer wieder mal dazu komme, dass Zahlungen nicht rechtzeitig getätigt werden. Auch der OB bestätigte *„den üblichen Vorgang“*, der zwar in seiner Auswirkung, in der Höhe der Mahngebühren und durch die Einschaltung eines Inkassounternehmens ungewöhnlich sei, es sich aber in keiner Weise um einen Skandal handle, den die Grünen inszenieren würden. Da die Nachzahlung in den Finanztopf des Jugendamtes alternativlos war und auch bereits erfolgt ist, konnte der Rat den Vorgang nur noch im Nachhinein „abnicken“.

Um 20:30 Uhr beendete der Oberbürgermeister die Ratssitzung zum Haushalt.

Die nächste Sitzung des Stadtrates findet bereits am 2. Dezember 2024 statt. Danach werden wir Sie wieder über alle interessanten Themen informieren. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer